

Offener Brief an Angela Merkel

Gefängnis von Baku, 25. März 2020

«Ich bin in Lebensgefahr, helfen Sie mir zurück nach Frankfurt»

Ich heiße Huseyn Abdullayev. Deutschland gewährte mir im November 2013 politisches Asyl und schützte mich so vor der politischen Verfolgung meines Herkunftslandes Aserbaidschan.

Im April 2018 reiste ich in die Türkei mit dem Pass, der in Deutschland auf meinem Namen ausgestellt war. Bevor ich in dieses Land reiste, stellte ich sicher, dass ich das Recht hatte zu reisen. Die Person, die mir meinen Reisepass gab, bestätigte mir, dass ich mich im Ausland überall frei bewegen dürfe, außer natürlich in meinem Herkunftsland. Sie sagte zu mir: «Sie stehen unter dem Schutz des deutschen Staates und seiner Verfassung.»

Am späten Samstagnachmittag, dem 21. April 2018, als ich mich bereits seit mehreren Tagen in Istanbul aufhielt, wurde ich von etwa 15 Polizisten in Uniformen des türkischen Amtes für Terrorismusbekämpfung festgenommen. Trotz meiner wiederholten Anfragen wurde mir kein Dokument vorgelegt, welches meine Verhaftung rechtfertigte. Mir wurde das Recht verweigert, meine Anwälte oder meine Familie anzurufen. Eine Stunde später wurde ich in die Zelle einer kleinen örtlichen Polizeistation gesperrt.

Am nächsten Morgen brachte mich ein Polizeiauto zum internationalen Flughafen Atatürk. Am selben Tag musste ich trotz meines unmissverständlichen Widerstands und meiner heftigen Proteste einen Flug von Türkisch Airlines nach Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans, antreten. Weder meine Erklärungen, noch meine Hilferufe und Bitten haben daran etwas geändert. Unter Verstoß gegen ihre eigenen Gesetze und gegen internationale Gesetze haben die türkischen und aserbaidschanischen Behörden meine Entführung kaltblütig durchgeführt.

Nachdem ich aus dem Flugzeug ausgestiegen war, wurde ich in einem Gefängnis in Baku eingesperrt und isoliert.

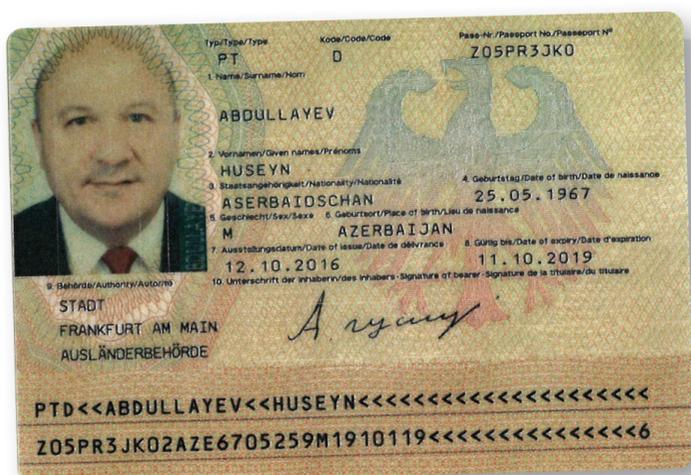
Seit fast zwei Jahren muss ich dort Isolationsfolter erdulden. Im Oktober 2019 wurde ich in einem Scheinprozess wegen erfundener Anschuldigungen zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Seit einem Jahr bitte ich Deutschland um Hilfe. Die deutschen diplomatischen Dienste haben sich zunächst geweigert, doch schließlich eingewilligt, einen Vertreter der deutschen Botschaft zu meinem Prozess zu schicken, der einigen Anhörungen beiwohnen konnte. Dieser Vertreter hat mich ein einziges Mal in meiner Zelle besucht. Das ist nicht genug. Wie kann Deutschland schweigen, wenn es feststellt, dass ein Mensch, dem es politisches Asyl gewährt hat, entführt und gewaltsam in das Land zurückgebracht wurde, aus dem er vor Verfolgung geflohen ist? Bis heute haben die deutschen diplomatischen Dienste alle meine Anträge abgelehnt, einen offiziellen Protest gegen die Türkei und Aserbaidschan einzureichen. Sie weigern sich auch, in meinem Namen auf höchster politischer Ebene in Baku zu intervenieren.

Ich habe in keinem Land je gegen ein Gesetz verstoßen. Mein einziges Vergehen ist, das aserbaidschanische autoritäre Regime kritisiert zu haben. Angesichts der Untätigkeit des deutschen Außenministeriums sehe ich keine andere Lösung, als Sie, Frau Bundeskanzlerin, direkt anzusprechen.

Frau Angela Merkel, helfen Sie mir, nach Hause zu kommen, nach Frankfurt, in die Stadt, in der ich bis zu meiner Entführung gelebt habe und in der ich eine Wohnung habe. Bitte: Ersuchen Sie bei Präsident Ilham Alyiev um meine sofortige Freilassung.

Hochachtungsvoll,



Nach dem Fall der Sowjetunion wurde der heute 52-jährige Huseyn Abdullayev einer der wichtigsten Unternehmer in seinem Heimatland. Im Jahr 2005 hatte man ihn zum Abgeordneten der Nationalversammlung der Republik Aserbaidschan gewählt. Nachdem er die Arbeit des Premierministers kritisiert hatte, wurde er 2007 verhaftet, inhaftiert und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung hat Aserbaidschan einen Verweis des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte eingebracht. Am 5. Juni 2013 veröffentlichte Huseyn Abdullayev auf YouTube einen politischen Clip, in dem er die Repression in seinem Land anprangerte und die Bevölkerung ermutigte, nicht zu schweigen. Am nächsten Tag wurde in Baku gegen ihn ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung eröffnet. Dieses Verfahren

führte zu seiner Verurteilung zu sechs Jahren Gefängnis. Im August 2019 reichte Huseyn Abdullayev bei der UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierung eine Beschwerde gegen die Türkei und Aserbaidschan ein. Eine Entscheidung wird voraussichtlich noch vor dem Sommer 2020 erwartet.

FreeHuseyn.org

Bei Fragen wenden sich Medien an uns unter info@freehuseyn.org